

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Erweiterung Umsteiger Kiel; Planung von informationstechnischen Anlagen zur Gebäudeautomatisierung und Digitalisierung

OJ S 70/2024 09/04/2024

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Kiel - Der Oberbürgermeister

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung Umsteiger Kiel; Planung von informationstechnischen Anlagen zur Gebäudeautomatisierung und Digitalisierung

Beschreibung: Erweiterung Umsteiger Kiel Planung von informationstechnischen Anlagen zur Gebäudeautomatisierung und Digitalisierung Projektsteuerung und Planung der erforderlichen Maßnahmen zur Digitalisierung des Umsteigers hinsichtlich der Zutritts- und Kontrolltechnik, sowie der Ausstattung

Kennung des Verfahrens: 14146fa7-c6a3-4384-9593-2315f7050c7b

Interne Kennung: 85.2.902.24

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Umsteiger Kiel Sophienblatt 29

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24114

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YHMHFSR Seit dem 18.10.2018 ist bei allen europaweiten Vergabeverfahren das gesamte Verfahren elektronisch abzuwickeln.

Teilnahmeanträge und Angebote können daher bei europaweiten Verfahren nur noch in elektronischer Form über unsere Vergabepattform (Deutsches Vergabeportal) eingereicht werden. Eine Einreichung von Teilnahmeanträgen oder Angeboten über die Schaltfläche

"Kommunikation" ist nicht zulässig. Für die Einreichung der elektronischen Teilnahmeanträge

oder Angebote ist eine kostenlose Registrierung beim Deutschen Vergabeportal <https://www.dtv.de/> erforderlich. Eine Anleitung für die elektronische Abgabe von Angeboten und Teilnahmeanträgen ist auf unserer Internetseite bereitgestellt: <https://www.kiel.de/ausschreibungen> Die Bewerberkommunikation wird ausschließlich über das DTVP, dort die Schaltfläche "Kommunikation", elektronisch geführt. Fragen sind bis einschließlich 03.05.2024 ausnahmslos über diesen Kommunikationsweg zu stellen. Die Fragen müssen neutral formuliert sein und sollen keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. Die Beantwortung von Fragen oder zusätzliche Informationen werden in Form von anonymisierten Bewerberinformationen allen Bewerbern zugänglich gemacht, soweit eine Information aller Bewerber nicht ausnahmsweise offensichtlich wettbewerblich entbehrlich ist. Die Bewerber sind verpflichtet die Veröffentlichung neuer Bewerberinformationen selbstständig zu prüfen. Eine gesonderte Mitteilung seitens der Vergabestelle erfolgt nicht. Ein Bewerbungsformular für die Einreichung des Teilnahmeantrages wird nicht zur Verfügung gestellt, der Teilnahmeantrag kann insoweit formlos auf dem vorgegebenen Übermittlungsweg eingereicht werden. Mindestinhalt des Teilnahmeantrages sind die unter Ziffer 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung aufgeführten Unterlagen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterung Umsteiger Kiel; Planung von informationstechnischen Anlagen zur Gebäudeautomatisierung und Digitalisierung
Beschreibung: Die Fahrradstation befindet sich auf der Westseite der Bahnhofshalle des Hauptbahnhofs Kiel mit Zugang vom Sophienblatt sowie über die Verbindungsfuge zur Bahnhofshalle. Die Radstation besteht aus Fahrradparkhaus sowie Fahrradservice mit Verleih und Werkstatt. Betrieben wird die Radstation von Mitarbeiter/innen der gemeinnützigen Gesellschaft "Brücke Schleswig-Holstein". Das derzeitige Fahrradparkhaus weist einen Bestand von 586 Stellplätzen in Doppelstockfahrradparkern verteilt auf zwei Ebenen auf. Zusätzlich können 36 Fahrräder an Anlagebügeln abgestellt werden. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 622 Stellplätzen. Neben der Vergrößerung der verfügbaren Stellplatzanzahlen soll mit der Erweiterung des Gebäudes auf den Wandel der Mobilität reagiert werden und die Schaffung von Ladeinfrastrukturen für E-Bikes und die Unterbringung von Lastenrädern in der Station umgesetzt werden. Ergänzend soll die räumliche Situation in der bestehenden Fahrradwerkstatt verbessert werden. Für die grundlegende Konzeptionierung der Erweiterung und der Untersuchung von Möglichkeiten der Maßnahmen wurde Anfang 2021 eine Machbarkeitsstudie aufgestellt. Zur Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahme wurden ab Anfang 2022 die erforderlichen Planer und Fachplaner gesucht. Nach dem Abschluss der Planerauswahlverfahren, wurde die Planung im Sommer 2022 aufgenommen. Zunächst wurden die Leitungsphasen 1 (Grundlagenermittlung) und 2 (Vorplanung) gem. HOAI bearbeitet. Parallel wurde vom Eigenbetrieb Parken und Mobilität ein Verkehrsplanungsbüro beauftragt das Zutrittskontroll- und Belegungssystem für das gesamte Fahrradparkhaus, einschließlich Bestand, zu entwickeln. Während der Vorplanungsphase sind zudem weitere Untersuchungen und Gutachten am Bestand und dem unmittelbar zu überbauenden Bereich durchgeführt worden. Im Wesentlichen hatte das eine Untersuchung auf Kampfmittel sowie die Baugrunderkundung betroffen. Es wurden zudem die erforderlichen Vorabstimmung mit der Bundesbahn und den Behörden, insbesondere zum Thema Brandschutz und möglicher erforderlicher archäologischer Untersuchungen (aufgrund der Nähe zu einem ehemaligen Friedhof) aufgenommen, und so weit wie zum Abschluss der Vorplanung erforderlich durchgeführt. 2023 ist die Vorplanung an den Eigenbetrieb Parken und Mobilität einschließlich einer Kostenschätzung übergeben worden. Der Erweiterungsbau verlängert das bestehende Fahrradparkhaus um ca. 12 m. Der Bestand ist als Stahlkonstruktion mit Stahlbetondecken erstellt worden. Der Erweiterungsbau wird in

Materialität und Gestaltung analog ausgeführt. Dadurch wird der erforderliche Raum für zusätzliche Fahrräder, Lastenräder, barrierefreie Stellplätze sowie Ladeschränke für Akkus geschaffen. Die Fahrradwerkstatt erhält eine kleine Teeküche, und das Zutrittskontroll- und Belegungssystem für das gesamte Fahrradparkhaus wird auf aktuellen Stand der Technik erneuert. Zudem werden noch Instandsetzungsmaßnahmen, wie z.B. eine Bodenbeschichtung, eingeplant. Gem. der vorgelegten Kostenschätzung vom 10.02.2023 werden seitens der Planer für diese Maßnahmen ca. 2,6 Mio EUR brutto (Kostengruppe 200 bis 700) ermittelt. Auf Basis der vorliegenden Vorplanung und Kosten haben intensive Abstimmungen mit der GMSH und dem Wirtschaftsministerium zur Förderfähigkeit und Förderhöhe stattgefunden. Nach erfolgreichem Abschluss der Abstimmung und einer Inaussichtstellung der Mittel, konnte die Vorplanung im Sommer 2023, einschließlich der Kostenschätzung freigegeben werden. Die o.g. Kosten wurden als Projektbudget festgelegt. Die Arbeiten an der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) wurden im Anschluss aufgenommen. Das Planpaket Leistungsphase 3, einschließlich Kostenberechnung ist im Oktober zur Freigabe übergeben worden und befindet sich derzeit in der Prüfung. Geplant ist, dass nach der Freigabe der Leistungsphase 3, die Genehmigungsplanung und Einreichung des Bauantrags Anfang 2024 erfolgen soll. Parallel wird der Antrag auf Baufachliche Prüfung durch die GMSH im Auftrag des Fördermittelgebers gestellt. Es folgt die Erstellung der Ausführungsplanung sowie die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen. Der Baustart ist für Sommer 2024 vorgesehen und die Fertigstellung für Frühjahr 2025. Es handelt sich um somit um ein bereits laufendes Projekt, das wie oben beschrieben kurz vor der Bauantragsstellung steht.

Interne Kennung: 85.2.902.24

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Umsteiger Kiel Sophienblatt 29

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24114

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Auszug Handelsregister/Eigenerklärung

Beschreibung: Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag

vorzulegen: - aktueller, vollständiger Auszug aus dem Handelsregister des Bewerbers, sofern

es sich um eine juristische Person handelt. Der Auszug darf nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags sein. - Eigenerklärung, dass der Bewerber: - sich nicht im Insolvenzverfahren oder in Liquidation befindet bzw. ein solches Verfahren beantragt worden ist, oder seine Tätigkeit eingestellt hat, - keine schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt, - seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften erfüllt hat.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 0

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung/Umsatz

Beschreibung: Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: - Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung von mind. EUR 1.500.000 für Personenschäden und mind. EUR 500.000 für Sach- und sonstige Schäden. - Umsatz in den letzten drei Jahren in Projekten mit vergleichbaren Leistungen

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: - Darstellung der in den letzten drei Jahren durchgeführten, vergleichbaren Projekten (max. sieben Seiten). Angabe der Ansprechpartner/innen seitens der Auftraggeber /innen mit Namen und Rufnummern. - Darstellung des/ der vorgesehenen Projektleiters/in sowie beim Bewerber angestellten technischen und planerischen Fachpersonals und der Firmenstruktur (max. drei Seiten).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 70

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Präsentation Bieter

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/05/2024 00:00:00 (UTC+2)

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHMHFSR/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHMHFSR>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHMHFSR>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/05/2024 08:00:00 (UTC+2)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 60 \$name_timeperiod.DAYS_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden im Rahmen des § 56 Abs. 2 bis 4 VgV nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Ort: Rathaus, Rechtsamt - Zentrale Vergabestelle; Fleethörn 9, 24103 Kiel

Zusätzliche Informationen: Bei europaweiten Verfahren ist die Anwesenheit von Bietern und ihren Vertretern während der Angebotseröffnung entsprechend § 55 Abs. 2 S. 2 VgV nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Keine

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen sind in § 160 Abs. 3 GWB geregelt. Dort heißt es: "Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt."

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Landeshauptstadt Kiel - Der Oberbürgermeister

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Kiel - Der Oberbürgermeister
Registrierungsnummer: DE 134 858 950
Postanschrift: Fleethörn 9
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Eigenbetrieb Parken und Mobilität
E-Mail: jan.loewner@kiel.de
Telefon: +49 4319012578

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Kiel - Der Oberbürgermeister
Registrierungsnummer: 01002-000000200-17
Postanschrift: Fleethörn 9
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Rechtsamt - Zentrale Vergabestelle
E-Mail: zentralevergabestelle@kiel.de
Telefon: +49 4319012779
Fax: +49 43190161301

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Telefon: +49 4319884542

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9792154c-bfbd-44d3-b4e6-1aeb1f763c1d - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/04/2024 14:32:17 (UTC+2)
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 207675-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 70/2024
Datum der Veröffentlichung: 09/04/2024